

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einführung .....</b>	<b>27</b>
A. Gegenstand und Ziel der Untersuchung .....	27
B. Gang der Darstellung .....	28
 <b>Kapitel 1. Die Grundlagen der Anpassung und die aktuelle Bedeutung des Instituts .....</b>	 <b>31</b>
A. Das Problem und seine Ursachen .....	31
I. Die Anpassung als Institut des Allgemeinen Teils des Internationalen Privatrechts .....	31
1. Definition und Überblick .....	31
2. Der Begriff „Anpassung“ .....	34
3. Abgrenzung zu verwandten Instituten .....	35
a) Anpassung und Substitution .....	35
aa) Subsumtionsanpassung und Konklusionsanpassung .....	36
bb) Würdigung .....	37
b) Anpassung und Transposition .....	38
c) Anpassung und <i>ordre public</i> .....	40
d) Zusammenfassung .....	42
II. Die Bedeutung der Anpassung in der deutschen Rechtsprechung .....	43
1. Der Bundesgerichtshof zur Anpassung .....	43
a) Der Sachverhalt .....	43
b) Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs .....	44
c) Stimmen aus der Literatur .....	45
2. Die Qualifikation des Zugewinnausgleichs und ihre Bedeutung für die Anpassung .....	46
a) Die deutsche Rechtsprechung .....	46
b) Europäische Ebene: Der EuGH in der Rechtssache <i>Mahnkopf</i> .....	48



c)	Würdigung der Entscheidung .....	50
d)	Ausblick: die Anpassung bei erbrechtlicher Qualifikation des deutschen Zugewinnausgleichs im europäischen IPR .....	52
3.	Die Anpassung in der instanzgerichtlichen deutschen Rechtsprechung .....	55
a)	Unterhaltsanspruch zwischen deutschem und griechischem Recht .....	55
b)	Der „Tänzerin-Fall“ .....	56
c)	Der „Hauskind-Fall“ .....	57
d)	Auskunftsanspruch zwischen deutschem und französischem Recht .....	58
e)	Zusammenfassung .....	60
III.	Die Ursache des Anpassungsproblems: Die „analytische Methode“ des IPR .....	60
1.	Allgemein: Die Zersplitterung des internationalen Sachverhalts .....	60
2.	Die Entstehung von Anpassungslagen im Einzelnen .....	62
a)	Das Auseinanderfallen von Vor- und Teilfragenstatut einerseits und Hauptfragenstatut andererseits .....	63
b)	Der Statutenwechsel .....	63
c)	Die Rechtswahl durch die Parteien .....	64
B.	Fallgruppen der Anpassung .....	64
I.	Der Normenmangel .....	65
1.	Allgemein .....	65
2.	Beispiele aus dem autonomen IPR .....	66
a)	Der „Witwenfall“ als „Schwedenfall“ .....	66
b)	Der „Hauskind-Fall“ .....	67
3.	Beispiele aus dem europäischen IPR .....	68
a)	Der Normenmangel im Witwenfall .....	68
b)	Der „Hauskind-Fall“ .....	70
II.	Die Normenhäufung .....	70
1.	Allgemein .....	70



Inhaltsverzeichnis	13
2. Beispiele aus dem autonomen IPR .....	71
a) Der „umgekehrte Witwenfall“ .....	71
b) Einander widersprechende Kommorientenvermutungen .....	71
3. Beispiele aus dem europäischen IPR .....	72
a) Der Witwenfall .....	72
b) Einander widersprechende Kommorientenvermutungen .....	74
III. Die qualitative Normdiskrepanz im deutschen und europäischen IPR .....	74
1. Der Trust .....	74
2. Die Verwirklichung des Vindikationslegats .....	75
IV. Das Auseinanderfallen von Sach- und Prozessrecht .....	77
1. Autonomes IPR .....	78
2. Europäisches IPR .....	79
a) Beispiel: Japanisches Unterhaltsrecht .....	79
b) Beispiel: Auskunftsanspruch aus französischem Recht .....	80
V. Der einseitige Normwiderspruch .....	81
1. Autonomes IPR .....	81
2. Europäisches IPR .....	83
VI. Kritik und Stellungnahme .....	84
1. Kritik an der Einteilung in die klassischen Fallgruppen .....	84
2. Stellungnahme .....	84

<b>Kapitel 2. Die Stellung und Funktion der Anpassung im Gefüge von Sach- und Kollisionsrecht .....</b>	<b>87</b>
A. Zwei Ebenen der Rechtsanwendung .....	87
I. Das Verhältnis von Sach- und Kollisionsrecht .....	87
1. Das Kollisionsrecht und seine Gerechtigkeit .....	88
2. Das Verhältnis zum Sachrecht und seiner Gerechtigkeit .....	90



II.	Folgerungen für die Anpassung .....	92
1.	Das Anpassungsverständnis in Abhängigkeit des Verhältnisses der Rechtsanwendungsebenen .....	92
a)	Die ergebnisorientierte Korrektur im Rahmen der Anpassung .....	92
b)	Die Anpassung als sachrechtliche Auslegungsmethode .....	93
2.	Abgrenzung der Anpassung von der Auslegung .....	95
3.	Der einheitlich angeknüpfte Auslandssachverhalt ...	97
III.	Verwandte Probleme der Spannung zwischen den Rechtsanwendungsebenen: Zwei-Stufen-Theorie und „Handeln unter falschem Recht“ .....	98
1.	Ausgangspunkt: Die Anpassung bei Maßgeblichkeit nur eines Sachrechts .....	98
2.	Das „Handeln unter falschem Recht“ und die Datum- und Zweistufen-Theorie .....	99
a)	„Handeln unter falschem Recht“ .....	99
b)	Datum- und Zwei-Stufen-Theorie .....	101
IV.	Stellungnahme .....	103
1.	Die Bedeutung des Grundverständnisses des Kollisionsrechts für die Anpassung .....	103
2.	Die Bedeutung der kollisionsrechtlichen Verweisung für die Anpassung .....	104
a)	Die Aufrechterhaltung der kollisionsrechtlichen Grundentscheidung .....	104
b)	Die Ablehnung von Erwägungen der Billigkeit oder materiellen Gerechtigkeit .....	105
c)	Rechtssicherheit .....	106
3.	Die dogmatischen Grundlagen der Lösungsansätze	107
a)	Sachrechtliche Anpassung .....	107
aa)	Bewertung der sachrechtlichen Anpassung	107
bb)	Kritik am Fokus auf den Tatbestand .....	109
b)	Kollisionsrechtliche Anpassung .....	111



aa)	Dogmatische Begründung der Notwendigkeit kollisionsrechtlicher Lösungen .....	111
bb)	Verhältnis der kollisionsrechtlichen Anpassung zu Ausweichklauseln .....	112
4.	Zwischenergebnis .....	114
V.	Die Anpassung als <i>adjustment</i> oder <i>false conflict</i> .....	114
1.	<i>Adaptation</i> oder <i>adjustment</i> und kontinentaleuropäische Anpassung .....	115
a)	Allgemein .....	115
b)	Die „Angleichung konfligierender Rechte“ .....	115
c)	Stellungnahme .....	116
2.	Das Anpassungsproblem als <i>false conflict</i> .....	118
a)	Die Lehre vom <i>false conflict</i> .....	118
b)	Beispiel für einen <i>false conflict</i> .....	119
c)	Würdigung .....	121
3.	Zusammenfassung und Bewertung .....	121
B.	Notwendigkeit der Anpassung .....	122
I.	Begründungsansätze aus der Lehre .....	122
1.	Das Postulat der Einheit der Rechtsordnung .....	122
2.	Echter und unechter bzw. logischer und teleologischer Normwiderspruch .....	124
3.	Die Störung der sachrechtlichen Interessenlage .....	125
4.	Anpassungslagen als ausgleichsbedürftige Ungleichbehandlungen .....	126
II.	Würdigung .....	127
1.	Einheit der Rechtsordnung sowie echter und unechter Normwiderspruch .....	127
2.	Das Abweichen des Ergebnisses von dem für Inlandsfälle gemeinsam Gewollten .....	128
a)	Tauglichkeit für die Rechtsanwendung .....	128
b)	Die Ausrichtung des Sachrechts auf Inlandssachverhalte .....	129
3.	Zusammenfassung .....	130



III.	Die Anpassungsnotwendigkeit in der Rechtsprechung	130
1.	Deutsches Güterrecht und griechisches Erbrecht ....	131
2.	Verschuldensscheidung nach österreichischem Recht .....	131
3.	Urheber eines Werks und öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis .....	134
4.	Zusammenfassung .....	136
IV.	Stellungnahme .....	136
C.	Auswirkungen auf die einzelnen Fallgruppen .....	138
I.	Die klassischen Fallgruppen .....	138
1.	Normenhäufung und Normenmangel .....	138
2.	Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs unter Anpassungsgesichtspunkten .....	139
3.	Qualitative Normdiskrepanz .....	142
II.	Der einheitlich angeknüpfte Auslandssachverhalt .....	144
III.	Die bevorstehende und die erfolgte Rechtsanwendung	144
1.	Allgemein .....	144
2.	Würdigung .....	146
a)	Vorausgesetzte oder bevorstehende Rechtsanwendung .....	146
b)	Erfolgte Rechtsanwendung .....	148
IV.	Der einseitige Normwiderspruch .....	149
1.	Allgemein .....	149
2.	Kritik an der Berücksichtigung des einseitigen Normwiderspruchs .....	149
3.	Zusammenfassung .....	151
V.	Hypothetischer Normwiderspruch .....	152
1.	Definition und Stimmen aus der Literatur .....	152
2.	Würdigung .....	153
VI.	Zusammenfassung .....	154



<b>Kapitel 3. Die Lösung von Anpassungsproblemen .....</b>	<b>155</b>
A. Die Vermeidung von Anpassungsproblemen mittels funktioneller Qualifikation oder Stufenqualifikation .....	155
I. Die Abgrenzung der Anpassung von der Qualifikation .....	155
II. Die funktionelle Qualifikation .....	157
1. Allgemeines und Abgrenzung zur kollisionsrechtlichen Anpassung .....	157
2. Vermeidung von Anpassungslagen durch funktionelle Qualifikation .....	158
3. Vermeidung einer Anpassungslage durch europäisch-autonome Qualifikation .....	160
a) Urteil des Bundesgerichtshofs zur Aufrechnung unter Geltung des UN-Kaufrechts .....	160
b) Beurteilung unter Anpassungsgesichtspunkten .....	162
c) Die europäisch-autonome Qualifikation des Art. 17 Rom I-VO .....	163
III. Die Stufenqualifikation .....	163
B. Rangverhältnis der Lösungsansätze .....	164
I. Verhältnis zwischen kollisionsrechtlichen und sachrechtlichen Lösungen .....	164
II. Würdigung .....	165
C. Kollisionsrechtliche Lösungsmodelle .....	166
I. Allgemein .....	166
II. Grenzverschiebungen .....	167
1. Die teleologische Reduktion und Extension von Kollisionsnormen .....	167
2. Auswahl der Kollisionsnorm .....	170
3. Grenzverschiebung und Auslegung .....	171
4. Bezug zum grundlegenden Verständnis der Anpassung .....	172



III.	Alternativen: Die Bildung einer neuen Kollisionsnorm und die kollisionsrechtliche Ersatzanknüpfung .....	173
D.	Materiellrechtliche Lösungsmodelle .....	174
I.	Die Formen der Sachrechtsmodifikation .....	174
1.	Überblick .....	174
2.	Die „bewegliche“ Anwendung von Sachnormen .....	176
3.	Konkretisierungsansätze .....	177
II.	Zusammenfassung und Würdigung .....	177
1.	Die Modifikation der Sachnormen .....	177
2.	Die Auswahl des anzupassenden Sachrechts .....	178
III.	Beispiel: Der „Hauskindfall“ .....	179
E.	Sachnormen im IPR .....	179
I.	Definition und Vorgang .....	179
II.	Verhältnis zu kollisions- und materiellrechtlichen Lösungen .....	180
	Zusammenfassung und Zwischenergebnis .....	181
<b>Kapitel 4.</b>	<b>Das europäische Internationale Privatrecht .....</b>	<b>187</b>
A.	Einführung .....	187
B.	Definition und Grundlagen des europäischen Internationalen Privatrechts .....	188
I.	Allgemeines .....	188
1.	Terminologie und Normenbestand .....	188
2.	Quellen des europäischen IPR .....	190
a)	Sekundärrecht und Staatsverträge der Europäischen Union .....	190
b)	Primärrecht als Quelle europäischen Kollisionsrechts .....	191



3. Die Kompetenzen der Europäischen Union bezüglich der Kodifikation des Internationalen Privatrechts .....	192
a) Sekundäres Unionsrecht .....	192
b) Die Kompetenz zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge .....	194
C. Die Entstehung des europäischen IPR .....	194
I. Die Zeit der völkerrechtlichen Verträge .....	195
II. Die Phase der Europäisierung .....	196
D. Die Methode des europäischen IPR .....	198
I. Universelle Anwendbarkeit .....	198
II. Der Grundsatz der Rechtswahlfreiheit .....	199
III. Feste Anknüpfungsregeln mit Ausweichklauseln .....	200
IV. Bereichsbezogene Kollisionsnormen .....	201
V. Sachnormverweisungen .....	201
VI. „Sachnormorientierte“ Anknüpfungen .....	202
VII. Zusammenfassung: Die Entstehung von Anpassungslagen im europäischen Kollisionsrecht .....	202
E. Formale Eigenschaften des europäischen Kollisionsrechts .....	203
I. Regelungsdichte und Abstimmungsfragen .....	204
II. Gesetzgebungsverfahren .....	205
F. Die Anwendung und Auslegung des europäischen IPR .....	206
I. Vorbemerkung: Völkerrecht und supranationales Unionsrecht .....	206
II. Die autonome Auslegung .....	207
III. Die hergebrachten Auslegungsmethoden und ihre „europäische Bedeutung“ .....	209
1. Die Wortlautauslegung .....	209
2. Die systematische Auslegung .....	210
3. Die historische Auslegung .....	210



4. Die teleologische Auslegung .....	211
5. Zusammenfassung: Die Freiheit des mitgliedstaatlichen Richters bei der Anwendung europäischen Kollisionsrechts .....	212
G. Das Vorabentscheidungsverfahren .....	213
I. Allgemein .....	213
II. Die Entscheidungen des EuGH und ihre Bedeutung für die Anwendung des europäischen Kollisionsrechts .....	214

<b>Kapitel 5. Die Notwendigkeit der Anpassung im europäischen Kollisionsrecht .....</b>	<b>217</b>
A. Vorbemerkungen .....	217
I. Überblick: Die bisherige Behandlung der Anpassung im europäischen Kollisionsrecht in Literatur und Rechtsprechung .....	217
II. Prinzipielle Zulässigkeit und Erforderlichkeit der Anpassung im europäischen Kollisionsrecht .....	219
B. Die Auswirkungen der Besonderheiten des europäischen Kollisionsrechts auf die Notwendigkeit der Anpassung .....	221
I. Aus- und Inlandssachverhalte .....	221
II. Ziele des europäischen Kollisionsrechts .....	223
1. Vorbemerkung .....	223
2. Klassische Ziele im europäischen Kollisionsrecht ...	224
a) Das Prinzip der engsten Verbindung .....	224
b) Internationaler Entscheidungseinklang, Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit .....	226
3. Besondere Ziele des europäischen Kollisionsrechts .....	227
a) Schwächerenschutz und Interessenausgleich .....	227
b) Die Förderung des Binnenmarkts .....	228
III. Würdigung: Die besondere Zweckbestimmung des europäischen Kollisionsrechts .....	229
C. Schlussfolgerungen für die Notwendigkeit der Anpassung im europäischen Kollisionsrecht .....	231



D. Die Feststellung der Störung der sachrechtlichen Interessenlage .....	232
--	-----

## **Kapitel 6. Diskussion der hergebrachten Lösungen des Anpassungsproblems unter Geltung des europäischen Kollisionsrechts .....**

A. „Alte“ Lösungen und „neues“ Kollisionsrecht .....	235
B. Kollisionsrechtliche Lösungen .....	236
I. Grenzverschiebungen: Allgemein .....	236
II. Zum „Witwenfall“ .....	236
1. Der Rahmen des europäischen Kollisionsrechts .....	237
2. Insbesondere: Erwägungsgrund 12 EuErbVO .....	238
III. Schaffung einer neuen Kollisionsnorm und kollisionsrechtliche Ersatzanknüpfung .....	239
C. Probleme der teleologischen Grenzverschiebung im europäischen IPR .....	240
I. Ausgangspunkt: Die Befugnisse der nationalen Gerichte und das Auslegungsmonopol des EuGH .....	240
II. Die Vorlagepflicht der letztinstanzlichen Gerichte gemäß Art. 267 Abs. 3 AEUV .....	242
III. Instanzgerichte: Teleologische Grenzverschiebung als Auslegungs- oder Gültigkeitsfrage .....	244
1. Allgemein: Gültigkeitsfragen .....	244
2. Die teleologische Reduktion der europäischen Kollisionsnorm als Frage der Gültigkeit eines Unionsrechtsaktes .....	245
3. Die teleologische Extension der europäischen Kollisionsnorm Frage der Gültigkeit eines Unionsrechtsaktes .....	246
D. Zwischenergebnis: Kollisionsrechtsmodifikationen im europäischen Kollisionsrecht .....	247
E. Materiellrechtliche Lösungen .....	248
I. Die Bedeutung der Sachrechtsmodifikation für die Anwendung des europäischen Kollisionsrechts .....	249



II.	Die Stellung des EuGH zur Sachrechtsmodifikation im europäischen Anpassungsfall .....	251
1.	Erwägungen pro (Annex-)Kompetenz .....	251
2.	Würdigung und Entscheidung .....	252
a)	Keine Kompetenz hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung der sachrechtlichen Anpassung ...	252
b)	Grenzziehungskompetenz des EuGH .....	254
III.	Zusammenfassung: Sachrechtsmodifikation und europäisches Kollisionsrecht .....	255

<b>Kapitel 7. Anforderungen an die Lösung des Anpassungsproblems im europäischen Kollisionsrecht .....</b>	<b>257</b>
A. Rangverhältnis der Lösungen .....	257
B. Kollisionsrechtliche Lösungen auf europäischer Ebene .....	258
I. Die teleologische Reduktion oder Extension im europäischen Kollisionsrecht .....	258
1. Allgemeine Voraussetzungen und Auswahl der Kollisionsnorm .....	258
2. Kollisionsrechtliche Interessen .....	259
3. Die Erwartungen der Parteien und der Schwerpunkt des Rechtsverhältnisses .....	260
II. Kollisionsrechtliche Ersatzanknüpfungen .....	261
III. Zwischenergebnis .....	261
C. Sachrechtliche Lösungen auf europäischer Ebene: Die Maßgaben für die Sachrechtsmodifikation .....	261
I. Vorüberlegung .....	261
II. Die Bedeutung der im europäischen IPR benannten Sachnorminteressen für die Sachrechtsmodifikation in der materiellrechtlichen Anpassung .....	263
1. Ausgangspunkt: Originäre Verweisung und „Sachnormzwecke“ .....	263
2. Einheitlichkeit der Rechtsanwendung und allgemeines Kollisionsrechtsverständnis .....	264



3. Bedenken gegen die Berücksichtigung der vom europäischen Verordnungsrecht verfolgten Zwecke innerhalb der sachrechtlichen Anpassung	265
a) Die Entwertung der ursprünglichen Verweisungsentscheidung .....	265
b) Die Stärke der Verbindung zwischen kollisions- und materiellrechtlicher Ebene .....	267
4. Zusammenfassung .....	268
III. Rechtsvergleichung .....	268

## **Kapitel 8. Analyse der Lösungen der Beispielfälle zur Anpassung im europäischen Kollisionsrecht .....**

A. Der „Witwenfall“ .....	271
I. Normenhäufung .....	271
1. Sachverhalt .....	271
2. Anpassung der Erbquote .....	272
3. Sachrechtliche Lösung .....	273
II. Normenmangel im deutsch-französischen „Witwenfall“ .....	274
1. Sachverhalt und Anpassungsnotwendigkeit .....	274
2. Auflösung des Normwiderspruchs .....	275
3. Problem der Abbildung im Europäischen Nachlasszeugnis (ENZ) bei Anwendbarkeit deutschen Güterrechts und ausländischen Erbrechts .....	276
a) Die Ausweisung des Anteils aus § 1371 Abs. 1 BGB im ENZ .....	276
b) Abbildung der Wertungen der Sachrechte .....	276
c) Die Wahrung der Funktionsfähigkeit des ENZ .....	278
IV. Normenmangel im „klassischen“ Witwenfall .....	279
V. Zusammenfassung: der europäische „Witwenfall“ .....	281
B. Der „Hauskindfall“ .....	281
I. Ausgangslage .....	281
II. Notwendigkeit der Anpassung .....	282



III.	Anknüpfung der Vorfrage nach dem Bestehen der Dienstleistungspflicht .....	282
IV.	Sachrechtliche Anpassung .....	283
C.	Einander widersprechende Kommorientenvermutungen ...	284
D.	Der einseitige Normwiderspruch .....	286
E.	Der einheitlich angeknüpfte Auslandssachverhalt .....	289
I.	Einführung .....	289
II.	Anerkennung und Vollstreckung von „unangepassten“ Entscheidungen des Erstgerichts .....	289
1.	Problem .....	289
2.	Würdigung .....	291
III.	Das Auseinanderfallen von Sach- und Prozessrecht ....	292
F.	Zusammenfassung .....	293
 <b>Kapitel 9. Die Regelung der Anpassung auf EU-Ebene .....</b>		<b>295</b>
A.	Der „Allgemeine Teil“ des europäischen IPR und die Stellung der Anpassung in ihm .....	295
B.	Regelungen zur Anpassung im europäischen Kollisionsrecht .....	298
I.	Die Erwägungsgründe 12 und 17 der EuErbVO bzw. der Erwägungsgrund 26 der EuGÜVO und EuPartVO .....	298
II.	Art. 29 Abs. 2 UAbs. 2 EuErbVO .....	299
III.	Art. 31 EuErbVO und Art. 29 EuGüVO/ EuPartVO – Anpassung dinglicher Rechte .....	300
IV.	Art. 32 EuErbVO – Kommorienten .....	302
V.	Art. 33 EuErbVO – Erbenloser Nachlass .....	302
VI.	Art. 54 Brüssel Ia-Verordnung .....	303
VII.	Zusammenfassung und Stellungnahme .....	304
C.	Anpassungsregelung .....	304
I.	Mitgliedstaatliche Gerichte und (europäische) Anpassung .....	304



II.	Die Regelung der Anpassung auf europäischer Ebene	307
1.	Die Kompetenzgrundlage .....	307
a)	Problem .....	307
b)	Kollisions- und Sachrechtsebene .....	307
c)	Vorbilder im bestehenden Regelwerk .....	308
d)	Der Vorrang des EU-Rechts .....	308
2.	Bestehende Regelungen zur Anpassung .....	309
a)	Art. 7 des venezolanischen IPR-Gesetzes .....	309
b)	Argentinisches IPR-Gesetz .....	310
c)	IPR-Gesetz von Panama .....	311
d)	Namensrecht: Art. 47 EGBGB .....	311
e)	Stellungnahme .....	312
3.	Anpassungsregelung: Hindernisse aus der dogmatischen Konzeption .....	312
a)	Sachrechtliche Anpassung .....	313
b)	Kollisionsrechtliche Anpassung .....	314
III.	Die Normierung des „Witwenfalls“ .....	314
IV.	Die Regelung der Anpassung in einer „Rom 0-Verordnung“ .....	315
D.	Ausblick: Mitgliedstaatliche Gerichte und der EuGH .....	317

<b>Schluss</b> .....	321
----------------------	-----

<b>Literaturverzeichnis</b> .....	325
-----------------------------------	-----